

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 2. März 1888.

Nr. 105.

Vom Kronprinzen.

Berlin, 1. März.
Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht in seiner heutigen Nummer folgendes Bulletin aus San Remo:

San Remo, 1. März, 11 Uhr 5 Minuten Vormittags. Die Nacht war für Se. kaiserliche und königliche Hoheit des Kronprinzen gut. Das Allgemeinbedürfnis ist gehoben, auch das Aussehen besser.

Mackenzie. Schröder. Krause.

Hovell. Bramann.
Das öffentliche Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldung:

San Remo, 29. Februar, 11 Uhr 25 Minuten Abends. Der Kronprinz verbrachte einen guten Tag, hatte sich auf den Ballon begeben, wo er wegen des kalten Wetters indessen nur kurze Zeit verblieb und war im übrigen lange mit Schreiben und Lesen beschäftigt.

Dem "B. B. C." gehen folgende Privat-Telegramme zu:

San Remo, 1. März, Vormittags. Der Kronprinz hat gut geschlafen und ist heute beschwerdefrei, Husten und Auswurf geringer. Italienische Blätter behaupten, Kaiser Wilhelm werde heute hier inognito ankommen. Es liegt wahrscheinlich eine Verwechslung mit dem Prinzen Wilhelm vor, der von Karlsruhe aus hierher kommt soll. Seit der Anwesenheit Professor Kusmauls ist Mackenzies Stellung noch isolierter als bisher, weil die deutschen Ärzte in ihrer Ansicht über den malignen Charakter der Krankheit einiger sind. Tödlich ist Mackenzie immer noch Herr der Situation, weil er das unabdingbare Vertrauen des Kronprinzenpaars besitzt. Professor Bergmann ist heute 9 Uhr früh von hier abgereist — unbekannt wohin.

San Remo, 1. März, Mittags. Die heute hier zirkulierenden Gerüchte einer Verschlimmerung des Befindens und deshalb für heute Abend geplante schleunige Abreise des Kronprinzen nach Berlin sind wahrscheinlich nur eine Folge der plötzlichen Verweigerung ärztlicher Auskünfte. Ich höre zuverlässig, das Befinden des Kronprinzen sei befriedigend. Prinz Wilhelm trifft morgen früh hier ein.

San Remo, 1. März, Mittags. Die Ärzte haben heute einstimmig beschlossen, jede Mitteilung an die Presse über das Befinden des Kronprinzen in Zukunft zu unterlassen. Dieser durch nichts provozierte, unglaubliche und bedenkliche Beschluss hat natürlich die seit vorgestern umgehenden Gerüchte über eine Verschlimmerung im Befinden des Kronprinzen nur verstärken und stark vermehren können. Zum Glück sollen die heute kursierenden beunruhigenden Nachrichten falsch sein.

* * *

Einer telegraphischen Berufung Folge leitend, hat sich Geheimrat Professor Waldeyer gestern nach San Remo begeben. Der Genannte hat alle nötigen Instrumente zur Vornahme anatomisch-pathologischer Untersuchungen mit sich genommen. An Seiner Statt las heute Geheimrat Professor Hartmann das Kolleg über Anatomie. Die Berufung Waldeyers steht nicht etwa mit einer Verschlimmerung im Zustand des Kronprinzen im Zusammenhang, sondern bezüglich einer Unterlage für die Diagnose der behandelnden Ärzte zu schaffen. Es handelt sich um die anatomisch-pathologische Untersuchung des Auswurfs, die früher Professor Birchow vorgenommen. Da dieser zur Zeit in Ägypten ist, hat man sich an Professor Waldeyer gewendet, der gleichfalls eine Autorität auf dem Gebiete der pathologischen Anatomie ist.

D e n t s c h l a n d .
Berlin, 1. März. Der Kaiser unternahm am gestrigen Nachmittage, trotz der kalten Witterung, in Begleitung des dienstabenden Flügeladjutanten Major v. Lippe eine ³/4 stündige Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Im Laufe des heutigen Vormittags ließ der Kaiser zunächst vom Oberhof- und Hausmarschall Grafen Verponcher sich Vortrag halten und empfing darauf die hier eingetroffenen Kommandeure der Leib-Regimenter und Leib-Kompagnien, um aus den Händen derselben die regelmäßigen Militär-Monatsrapporte entgegenzunehmen.



Mittags konferierte Alerhöchstverselbe mit dem Kriegsminister General-Lieutenant Bronsart von Schellendorff und arbeitete, vor einer Spazierfahrt, mit dem Chef des Militär-Kabinetts General der Kavallerie und General-Ajutant von Albedyll.

Im Laufe des Nachmittags erledigte Se. Majestät Regierungs Angelegenheiten.

Die Kaiserin unternahm am heutigen Nachmittage wieder eine Spazierfahrt. Den Kammerherrendienst bei Ihrer Majestät haben die königlichen Kammerherren Vice-Ober-Schlosshauptmann Graf Louis Verponcher Sedlnitsky und Zeremonienmeister Graf Wartensleben-Seedorf heute übernommen.

Bor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Abg. Dr. Wehr (Kielow-Deutsch-Krone), daß in der ganzen Presse über ihn Mittheilungen verbreitet worden, die theils unwahr, theils entstellt seien. Dass er sein Mandat als Abgeordneter nicht niedergelegt habe, ersehe man aus der Thatsache, daß er jetzt von dieser Stelle aus spricht; und daß er sein Amt als Landesdirektor niedergelegt habe, sei ebenfalls unrichtig. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung reiste Minister Goßler die Angriffe Ritter's wegen angeblicher Beeinflussung der Lehrer bei den letzten Wahlen zurück und bestreitet, der schwarze Reaktionär zu sein, als welchen man ihn hinstelle. Man beweise offenbar, durch die nächsten Wahlen ihn und Bußfalter zu beseitigen; er werde aber, so lange er das Vertrauen des Kaisers besitzt, unerschütterlich ausharren. Wo Missgriffe vorgekommen, sei Remedy eingetreten. Er habe, seit er Minister sei, ohne Hehl und Rückhalt seine Pflicht gethan. Der Minister fordert auf, mit etwaigen weiteren Angriffen heranzukommen, er werde keinen unbeantwortet lassen.

Im Abgeordnetenhaus hat der Abg. Hammerstein den Antrag eingebraucht, den Fonds des Kultusrats (Kap. 124 Tit. 5) zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekanntschaften von 400,000 auf 600,000 M. zu erhöhen, ferner den Titel 18 desselben Kapitels "für Entschädigung der Geistlichen für Aufstand an Stolzgebühren" von 300,000 auf 1.050.000 M. zu erhöhen. Auch die Verwendungsart soll nach diesen Anträgen abgeändert werden.

Die russischen Vorschläge bezüglich der Behandlung der bulgarischen Angelegenheit sind mit Befriedigung namentlich deshalb aufgenommen worden, weil sie aus dem fehlerhaften Zirkel herausgelöst, in welchen die Angelegenheit gerathen war. Indessen mußte man sich von Anfang an auf langaussehende Verhandlungen gefaßt machen. Hente wird gemeldet:

London, 1. März. Wie das "Reuter'sche Bureau" erfährt, hätten nunmehr alle Mächte auf die russischen Vorschläge bezüglich Bulgariens, welche jeder Macht besonders mitgetheilt waren, geantwortet. Russland habe nicht eine Kollektiv-Eklärung der Mächte, sondern von jeder Macht eine seinen Schritt in Konstantinopel unterstehende Erklärung gefordert. Die englische Regierung habe sich nun, wie es heißt, dahin geäußert, daß sie dem Sultan nicht anrathen könne, irgend einen Schritt zur Entfernung des Prinzen Ferdinand zu unternehmen, ohne vorher ausreichende Maßregeln für die Regelung der bulgarischen Sache nach der Abreise des Prinzen Ferdinand vorgeschlagen zu haben.

Der "Standard" meldet, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Radowly, sich selbst noch nachdrücklicher für die russische Forderung, die Pforte solle die bulgarisch-fürstenherrlichkeit des Coburgers für ungesetzlich erklären, einsehe, als selbst sein russischer Kollege Nelsow; diese Thatsache habe in türkischen Kreisen überrascht und unerlaubt einen tiefen Eindruck gemacht. Da andererseits England und Italien wenigstens nichts gegen die russische Forderung unternehmen und Österreich eine vorsichtige und besonnene Haltung beobachtet, so hält man es für möglich, daß die Pforte wenigstens soweit aus ihrer bedächtigen Zauderpoltik hervortrete, als zur Abfassung einer den russischen Wünschen entsprechenden Note erforderlich ist; die Bulgaren würden diese Note alsdann mit aller Hochachtung ihren Staatsarchiven einverleiben und damit wäre vorläufig ein russischer diplomatischer Feldzug beendet.

det, der vielleicht mehr von der Empfindung, daß die gegenwärtige Lage der Dinge auf der Balkanhalbinsel für Russland unbehaglich sei, eingegangen wurde, als von einer Staatskunst, welche sich über die Mittel, dieser Lage ein Ende zu machen, klar geworden ist.

So das dem englischen Ministerium nahestehende Blatt, das seine Wünsche doch vielleicht allzu sehr mit dem verwechselt, was in der Situation liegt. Von deutscher Seite wurde eine passante Haltung der Pforte dem Anspruch Russlands gegenüber als "Rechteverweigerung" gekennzeichnet und die russische Presse glebt zu verstehen, daß die Belagerung der Pforte Russland das Recht geben würde, den Berliner Vertrag zu kündigen. Die Pforte steht sich in Gefahr, den Sturm, der sich zusammenzieht, auf ihren kleinen astischen Besitz zu lenken. Russland hat sich für die Vorgänge in Bulgarien bereits durch die Befestigung und Schließung von Batum Kompensation genommen — was die russische Presse zu übersehen sieht — und auch jetzt hat es die Ausschließung von Gewaltanwendung lediglich auf Bulgarien beschränkt. Ob England eintretenfalls gewillt und im Stande wäre, seine Bindlichkeiten aus dem Cyprusvertrag zu erfüllen, würde man abwarten müssen, eine Sicherheit dafür besteht die Pforte nicht.

Mit der armenischen Frage, der Frage der Kriegsentschädigung und der bulgarischen Angelegenheit hätte Russland eine Reihe von Trümpfen in die Hand; die Pforte wird sich voraussichtlich halten, Russland in Kleinasien das Spiel allzu schön zu machen. Ein Komitee ist in Konstantinopel niedergesetzt worden, um die bulgarische Angelegenheit zu prüfen und Vorschläge zu machen. Wir glauben, daß die Pforte alle Ursache hat, die Sache durchaus ernsthaft zu nehmen und sie auch von diesem Gesichtspunkt aus vorzubereiten.

Die "Nat. Ztg." erhält noch folgende Mittheilung:

Wien, 1. März. Die Mittheilungen aus Konstantinopel, wonach die Pforte gegenüber den russischen Vorschlägen eine Enquête angeordnet hat, erscheinen fragwürdig und kommen vermutlich aus bulgarischen Quellen. Graf Kalnoky reiste heute wiederum nach Pest, um in der bulgarischen Sache dem Kaiser Vortrag zu halten.

Aus Kamerun wird vom "Neueren Bureau" unter dem 24. Januar gemeldet, daß das deutsche Kriegsschiff "Albatros" mit dem abgesetzten König von Samoa, Malietoa, an Bord daselbst ankam. Die deutsche Regierung beabsichtige, ihn dort zu internieren.

Zwischen Frankreich und Italien hat hente der Zollkrieg in aller Form begonnen. In der italienischen Deputirtenkammer legte der Konseilpräsident Trippi gestern die zweite Folge der Schriftstücke über die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich vor und erklärte auf eine bezügliche Anfrage, die italienische Regierung habe ihr Möglichstes zur Feststellung eines italienisch-französischen Konventionstariifs gethan. Trippi wies auch darauf hin, daß es nicht die Schuld der Regierung wäre, wenn von heute ab der allgemeine Tarif zur Anwendung gelangte, wie denn auch durch das inzwischen zur Veröffentlichung gelangte Dekret noch viele Säge des allgemeinen Tarifs gegenüber Frankreich modifiziert werden. In dieser Hinsicht wird telegraphisch gemeldet:

Rom, 29. Februar. Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein von der Regierung leistender ihr durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Februar 1888 aufgestandenen Befugnis erlassenes Dekret, durch welches von morgen an die in dem allgemeinen Tarif bestimmten Eingangsätze für geistige französische Waren erhöht werden. Unter den von solchen Erhöhung betroffenen Artikeln befinden sich: Wein, Spirituosen, Kaffee, Zucker, Chocolade, Oele, Seife, Parfümerien, Farbwaren, Möbel, Spielwaren aus Holz, Gewebe, Mehl, Mehlspeisen, in Essig oder Öl eingelegte Früchte, Fische, Kerzen, Fächer, Pianos etc. Der Zoll auf Textilwaren, Hämpe, Eisenbahn-Behälter, Tonwaren, Gläser und Kupferwaren wird auf 50 Prozent, der Zoll auf Eisenwaren auf 20 Prozent, derjenige auf Maschinen auf 30 Prozent festgesetzt.

Das römische Blatt "Riforma" bemerkte laut telegraphischer Mitteilung, die italienische

Regierung habe sich bei der Erhöhung der Einfuhrzölle auf französische Produkte das bereits französische Gesetz gegen die italienischen Erzeugnisse zum Muster genommen. Die Journale sprachen sich über die Erklärungen Trippi's in der Kammer und über die Haltung der legierten zustimmend aus. Trippi betonte jedoch mit vollem Rechte, daß es sich bei dem nunmehr eröffneten Zollkrieg für Italien um Beleidigung, nicht aber um einen Angriff handle.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde gestern durch den Abgeordneten Steinwender der gegen den Abgeordneten Pernerstorfer ausgeführte brutale Überfall zur Sprache gebracht, welcher von dem Präsidenten verlangt, er solle dem beleidigten Abgeordneten Genugthuung und dem Hause Schutz für seine freie Meinungsausübung verschaffen. Herr Smolla lehnte dieses Anstossen ab, indem er sich auf den formellen Standpunkt stellte, daß der Zusammensetzung zwischen dem Angriffe auf Pernerstorfer und seiner in Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede nicht festgestellt sei, gab aber im Übrigen der Missbilligung des Hauses scharfen Ausdruck. Die Minister verließen, als Steinwender sich erhob, den Saal.

Aus Warschau, 28. Februar, schreibt man der "P. B.":

Die neuen Vorschriften über die Festungs-Erplanaden in den weitälichen Gouvernementen erweitern außerordentlich die Machtbefugnisse der Festungskommandanten, selbst in Friedenszeit. So steht demselben das Recht zu, jeden Einwohner, dessen Anwesenheit in dem Festungsrayon "aus Sicherheitsgründen" schädlich ist, auszuweisen und zu diesem Gebäude die Hölfe der Polizei in Anspruch zu ziehen. Letztere hat dem Kommandanten über die angelangten und durchreisenden Fremden, über die Stimmung der ständigen Bevölkerung, über die Verhältnisse der Bevölkerung in den der Festung benachbarten Ortschaften Bericht zu erstatten. Im Umkreis von 7 Werst, angefangen von der Feuerlinie der vorgeschobenen Werke, sind alle Kaufs- und Pachtverträge, wenn sie im Rayon belegenen Grund und Boden betreffen, der vorherigen Bestätigung der Kommandanten unterworfen. Für den Kriegs- und Belagerungsfall wird dem Festungskommandanten eine diktatorische Gewalt verliehen, so daß alle Bewohner seinen unmittelbaren Befehlen zu gehorchen haben. So kann er die Bevölkerung zu Festungsarbeiten verwenden, die Lieferung von Materialien, Pferden, Wagen und Lebensmitteln, ebenso die Entfernung Einzelner oder eines großen Theiles der Bevölkerung anordnen. Daß alle diese Vorschriften gerade in jüngerer Zeit zur Veröffentlichung gelungen, wird von vielen als ein ominöser Zufall betrachtet.

N u s l a n d .

Wien, 27. Februar. Wie die Pole in Österreich "nationale Wirtschaftspolitik" treiben, ist bei den Kapiteln Petroleum, Grundsteuer, Flußregulierungen, Schnaps u. s. w. längst klar geworden. Auf dem Gebiete des Bankwesens treibt die weltberühmte "polnische Wirtschaft" noch ganz andere Blüthen. Vor zwei Jahren ereigte der Zusammenbruch der galizischen Kreditanstalt das unlängstste Aufsehen. Jetzt ist es eine andere polnische Bank, die "Galizische Kreditanstalt", welche die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt; ihre Pfandbriefe erlitten in den letzten Tagen einen erschreckenden Sturz. In der Verwaltung sitzen die Zamyski, Potocki, Tarczynski u. s. w., also die Dynasten der Schlächte, welche sich auch im Vorjahr an der polnischen "Rettungsbank" für Polen beteiligt. Nun müssen die Herren daran gehen, durch Veröffentlichung von Beschlechtigungsnotizen den Kredit ihrer eigenen Bank zu retten, deren Direktor, ein Graf Selpio, auf den Trümmer von Karthago sitzt und wehmuthsvoll den Kopf schüttelt. Die Bank vertheilt bisher im Durchschnitt 7 prozentige Dividenden und sie hat bei dem kleinen Aktienkapital von 600.000 Gulden Pfandbriefe im Betrage von 4.274.700 Gulden im Umlauf, die mit sehr hohen Prozentsätzen zu verzinsen sind. Landwirthe, welche die Darlehen erhalten, bleiben entweder von vorherher nur teilweise Sicherheit oder das Misverhältnis zwischen dem Ertragniß des Ackerbaues und der

